Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V.

Lobby für Kinder – Gemeinsam Hand in Hand für unsere Kinder

E-Mail: Geb.nuernberg@gmx.de | Web: www.gebnuernberg.de

Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V. • Nürnberg

An den
Bayerischen Ministerpräsidenten
Herrn Dr. Markus Söder, MdL
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Nürnberg, den 20. November 2026

Offener Brief zur Situation der Nürnberger Kitas: Verlässliche Rahmenbedingungen und echte Chancengleichheit für alle Kinder

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ihre jüngsten Äußerungen zur finanziellen Lage der Kommunen in den *Nürnberger Nachrichten* haben uns im Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V. sehr beschäftigt. Sie verweisen zu Recht auf gestiegene Leistungen des Freistaats. Doch die Realität in den Nürnberger Kindertagesstätten zeigt einen Widerspruch, den wir als Elternvertretung nicht unkommentiert lassen können: Während Familien finanziell deutlich stärker belastet werden, kommt davon im Alltag der Kinder nichts an.

Für ein einzelnes Kind stellt sich die Lage für Nürnberger Familien inzwischen erschreckend dar: Wenn der bisherige Beitragszuschuss für Eltern wegfällt, verbleiben 1.200 Euro pro Kind und Jahr im System. Weil die Stadt Nürnberg diesen Wegfall angesichts ihrer Haushaltslage nicht aus eigenen Mitteln ausgleichen kann und zugleich Entlastungen wie Familien- und Krippengeld gestrichen wurden, kommen durch die Anpassung der Kita-Gebührensatzung (KitaGebS) rund 100 Euro im Monat – also weitere 1.200 Euro im Jahr – als zusätzliche Belastung für Eltern obendrauf. Damit stehen auf der einen Seite 1.200 Euro im Jahr, die im System verbleiben, und auf der anderen Seite weitere 1.200 Euro im Jahr an zusätzlicher Belastung für die Eltern – insgesamt also 2.400 Euro pro Kind und Jahr, die im System bzw. als Mehrbelastung auf der Familienseite anfallen.

Dass diese Mittel im System bleiben, soll nach dem Anspruch der Politik der Qualität und Verlässlichkeit der frühkindlichen Bildung zugutekommen. In der Praxis verkehrt sich das vor Ort jedoch ins Gegenteil: Aufgrund der kommunalen Haushaltsnot und der geltenden Haushaltssperre ist es städtischen Kitas derzeit untersagt, notwendige Reparaturen durchzuführen, neues Spiel- und Fördermaterial anzuschaffen oder Ausflüge anzubieten. Statt sichtbarer Qualitätsverbesserungen erleben Familien höhere Beiträge bei gleichzeitigem Stillstand im Kita-Alltag. Mittel, die spürbar bei unseren Kindern ankommen müssten, dienen faktisch dazu, angespannte kommunale Haushalte zu konsolidieren, oder bleiben durch Haushaltssperren blockiert.

Besonders gravierend ist dabei die Frage der **Chancengleichheit unserer Kinder**: Was eine finanzschwache Großstadt wie Nürnberg unter massivem Haushaltsdruck nicht mehr leisten kann, können solventere Kommunen im Freistaat sehr wohl auffangen. Und weil sich in Nürnberg auch die freien Träger in ihren Strukturen und Rahmenbedingungen am Jugendamt orientieren, entstehen nicht nur starke regionale Unterschiede zwischen wohlhabenden und finanziell belasteten Kommunen in

Bayern, sondern auch deutliche Ungleichheiten innerhalb der kommunalen Kita-Landschaft selbst. Eine solche Entwicklung widerspricht dem Anspruch einer verlässlichen, qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und Entwicklung für jedes Kind – unabhängig vom Wohnort oder der Finanzkraft seiner Heimatstadt.

Vor diesem Hintergrund greift der Verweis, Städte könnten ihren Haushalt selbständig aufstellen, an der Lebenswirklichkeit junger Familien vorbei. Wenn gesetzliche Pflichtaufgaben, steigende Sozialausgaben, die Bezirksumlage und notwendige Investitionen in Kitas und Schulen auf enge finanzielle Rahmenbedingungen treffen, bleibt vor Ort kaum echter Gestaltungsspielraum. Statt vorausschauend zu entwickeln, wird unter hohem Druck der Mangel verwaltet – mit unmittelbaren Folgen für den Alltag: angespannte Personallage, Einschränkungen bei freien Trägern sowie verschobene Sanierungen und Neubauten.

Die Ursachen liegen nicht allein in Nürnberg. Das bestehende System einer Defizitfinanzierung durch Kommune, Freistaat und Eltern – gekoppelt an pauschale Punktwerte statt an die realen Kosten – führt zwangsläufig zu Reibungen und Unterdeckung. Den Kommunen werden fortlaufend Aufgaben und Rechtsansprüche übertragen, ohne dass eine dauerhafte, auskömmliche Gegenfinanzierung folgt. Gleichzeitig hält die Finanzierung über das BayKiBiG mit den realen Kostensteigerungen im Betrieb nicht Schritt, während den Städten kaum eigene Spielräume auf der Einnahmenseite offenstehen.

Besonders kritisch ist, dass unter diesem Spardruck auch Angebote unter Druck geraten, die haushaltsrechtlich als freiwillige Leistungen gelten: frühe Hilfen, Eltern-Kind-Angebote, offene Jugendarbeit und soziale Infrastruktur im Quartier. Frühkindliche Bildung und soziale Unterstützung sind jedoch keine nachrangigen Leistungen, sondern die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn Eltern spürbar mehr bezahlen, während Entlastungen wegfallen und in den Einrichtungen selbst kleinste Anschaffungen oder Ausflüge blockiert sind, leidet das Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlichen Handelns.

Uns ist bewusst, dass auch die Kommune ihre Hausaufgaben machen und Mittel verantwortungsvoll einsetzen muss. Die strukturelle Finanzierungslücke bei den Kommunalfinanzen und in der frühkindlichen Bildung lässt sich vor Ort jedoch nicht allein schließen.

Als Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V. fordern wir daher:

1. **Abkehr von der Defizitfinanzierung hin zur Vollfinanzierung durch den Freistaat:** Stellen Sie die Kinderbetreuung auf eine verlässliche, vom Freistaat finanzierte Grundlage, statt das Defizit auf Kommunen, Träger und Eltern abzuwälzen, damit Qualität und Chancengleichheit nicht von der Kassenlage des Wohnorts abhängen.
2. **Finanzierung anhand der tatsächlichen Kosten statt pauschaler Punktwerte:** Richten Sie die Förderung konsequent an den realen Personal-, Tarif- und Sachkosten aus, damit Mittel im System nicht zur bloßen Haushaltskonsolidierung herhalten müssen oder durch Haushaltssperren blockiert werden, sondern sichtbar in Qualität, Ausstattung und verlässliche Betreuung fließen.
3. **Handlungsspielräume und Kommunalfinanzen nachhaltig stärken:** Schaffen Sie Rahmenbedingungen – etwa über eine höhere Verbundquote und verlässliche Finanzierung –, unter denen Kommunen wieder in Kita-Gebäude, gute Arbeitsbedingungen und soziale Infrastruktur investieren können, statt lediglich Mängel zu verwalten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Bayerns Stärke entsteht in seinen Städten und Gemeinden – und sie beginnt in unseren Kindertagesstätten. Ein ausgeglichener Landeshaushalt hilft wenig, wenn Kommunen unter finanziellem Druck stehen, regionale Ungleichheiten wachsen und Familien die Folgen

tragen, ohne dass sich der Alltag ihrer Kinder verbessert. Wir bitten Sie, die Situation der Nürnberger Familien und Einrichtungen bei den weiteren Entscheidungen auf Landesebene aktiv zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Kriebel
1. Vorsitzender
Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V.